

**Austausch mit MdL Madeleine Henfling (BÜNDNIS90/GRÜNE) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mit Bibel und Grundgesetz. Der Beauftragte trifft ...“ am Dienstag, d. 7. Mai 2024 um 19.00 Uhr in Eisenach, in der Nikolaikirche am Karlsplatz**

**MdL Madeleine Henfling:**

Herzlichen Dank für die Einladung und für die Fragen, die Sie mir gestellt haben. Offen gesagt fand ich, dass diese Fragen nicht ganz einfach zu beantworten sind. Die erste Frage lautete: Wo überschneidet sich die Programmatik unserer Partei mit einem christlichen Menschenbild? Zum einen ist ein „christliches Menschenbild“ relativ facettenreich – man kann nicht so einfach sagen: „Dort haben wir Überschneidungen.“

Um auf der Meta-Ebene zu bleiben: Ein besonders wichtiges Anliegen meiner Partei ist die Bewahrung der Schöpfung. Unsere grüne Programmatik haben wir sicher zum Teil aus solch einer religiösen Überzeugung heraus entwickelt, zum anderen Teil auch aus atheistischen Positionen, denen ebenfalls die Bewahrung der Lebensgrundlagen sehr am Herzen liegt. In jedem Fall gibt es hier eine große Schnittmenge zum christlichen Menschen- oder Gesellschaftsbild.

Das andere ist aus meiner Sicht das Thema Nächstenliebe und Menschenwürde. In unserem Programm auf Bundesebene steht der Satz: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde.“ Das ist das Leitbild in unserer Programmatik. Wir versuchen, Politik nicht von Unternehmen oder von der Nützlichkeit der Menschen her zu denken, sondern von der Menschenwürde her zu denken. Unsere Partei stellt Menschenrechte immer in den Vordergrund. Auch die Nächstenliebe. Wir sehen es als wichtig an, Menschen prinzipiell positiv gegenüberzustehen. Wir wollen nicht zuerst das Böse im Menschen suchen. Wir trauen Menschen zu, dass sie selbstbestimmte und eigenständige Subjekte sind bzw. sein müssen. Und wir sehen es als Aufgabe der Politik an, dass sie den Rahmen gibt für dieses eigenständige Mensch-Sein, ohne diesen Menschen alles Mögliche vorschreiben zu wollen.

Nun würden vermutlich viele Leute sagen: „Aber Frau Henfling, die GRÜNEN wollen den Leuten doch alles Mögliche verbieten!“ Das ist eins der vielen verrückten Narrative über uns. Ich finde es faszinierend, dass sich das so hartnäckig in der Gesellschaft hält. Unsere Programmatik gibt das nicht her, dass wir als „Verbots-

Partei“ wahrgenommen werden! Vielleicht kommen wir nachher in der Diskussion noch dazu, dies zu vertiefen.

Wo gibt es Reibungen zum christlichen Menschenbild? Die gibt es natürlich, in jedem Fall. Zum Beispiel die Auseinandersetzung zum Thema „Ehe für alle“ ist solch ein Reibungspunkt. Hier waren wir als Partei immer sehr klar und haben dabei viele Debatten mit den Kirchen geführt. Vermutlich noch mehr Debatten mit der katholischen Kirche als mit den evangelischen Kirchen. Auch wenn hier innerhalb des Christentums auch eine gewissen Bandbreite herrscht - hier ist definitiv ein Reibungspunkt.

Genauso beim Thema Abtreibungsrechte und Selbstbestimmungsrechte von Frauen – hier haben wir sicher Dissense. Wobei ich nicht sagen würde, dass wir uns hierbei diametral gegenüberstehen. Es kommt auf die Gewichtungen an und darauf, wie man das Ganze diskutiert. Wir sind eine feministische Partei – von daher wird es keine Deckungsgleichheit mit einem christlichen Menschenbild geben. Die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Akzeptanz von queeren Menschen ist natürlich schwierig, wenn man ganz bibeltreu unterwegs ist. Wenn man von Adam und Eva ausgeht, wird es schwierig anzuerkennen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Es ist mir bewusst, dass die Deutung der Bibel in vielen Kirchen mittlerweile weiter gegangen ist – und zugleich liegen hier schon bestimmte Reibungspunkte.

Zu Ihrer zweiten Frage: Was sind die Herausforderungen in Thüringen? Es sind sehr viele. Ich will mich drei, vielleicht auch vier Probleme konzentrieren.

Eine große Herausforderung für mich in diesem Wahljahr ist: Wie schaffen wir es, ein gutes Zusammenleben in einem demokratischen Bundesland zu organisieren? Was wir gerade erleben, ist kein Sturm im Wasserglas, ist nichts, wo wir sagen könnten: „Die kriegen sich am Ende alle wieder ein. Am Ende ist alles wieder gut.“ Wir erleben, dass bestimmte Sachen erodieren. Demokratische Institutionen werden in Frage gestellt. Wir spüren am Umgang miteinander, dass etwas im Argen ist. Wir sehen das bei uns gerade im Wahlkampf. Wir haben jetzt am Wochenende einen wirklich schlimmen tätlichen Angriff auf einen Kollegen in Dresden erleben müssen. Viele unserer ehrenamtlich Wahlkämpfenden berichten uns von viel Hass, der ihnen begegnet, teilweise Gewalt, die ihnen entgegenschlägt. Das ist eine neue Qualität. Wir erleben auch im politischen Feld, dass es immer schwieriger wird, zu Einigungen

zu kommen, sich zusammenzuraufen und langfristig zu denken, nicht immer nur an die eigene Wählerschaft zu denken.

Aus meiner Sicht ist die größte Herausforderung die Klimakrise. Doch unterhalb dieser Krise besteht die größte Herausforderung darin, die Demokratie zu erhalten und weiterzuentwickeln. Besonders hier bei uns in Thüringen ist das zu spüren. Da sind wir alle gefragt. Wir brauchen da alle Menschen, die die Demokratie erhalten wollen.

Die zweite Herausforderung ist: Wir haben gerade viele Transformationsprozesse zu bewältigen, die alle mit der Klimakrise zusammenhängen. Beispielsweise die Energiewende und die Verkehrswende. Und wir stehen ebenfalls vor den Fragen, die sich durch die Überalterung der Gesellschaft stellen. „Wie können wir in einer Gesellschaft, in der immer weniger junge Menschen leben und die gleichzeitig eine Migrationsgesellschaft ist, ein gutes Zusammenleben organisieren? Das sind enorme Herausforderungen, die wir bewältigen müssen. Und wir müssen schauen, wie wir mit Menschen gut umgehen, die aus ganz anderen kulturellen Kontexten zu uns kommen.

Ich mag das Wort „Integration“ nicht so gern. Ich finde, es geht um das Organisieren von Zusammenleben. Denn: Ab wann ist man „integriert“? Jeder, der auf einem Dorf lebt und zugezogen ist weiß, dass es Generationen dauern kann, ehe man angekommen ist.

Das sind für mich die drei großen Herausforderungen: erstens die Transformationsprozesse, die aufgrund der Klimakrise anstehen, dann die Erhaltung von Demokratie und das Dritte ist das gesellschaftliche Zusammenleben unter sehr neuen Voraussetzungen zu organisieren – mit vielen Menschen, die zu uns kommen und mit einer Gesellschaft, die insgesamt älter wird.

Zu Ihrer dritten Frage: Welche Chancen und Herausforderungen sieht Ihre Partei für die Formate der positiven Religionsfreiheit?

Obwohl wir in unserer Partei sehr divers sind, was die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft betrifft, haben wir hier einen großen Konsens. Bei uns gibt es Mitglieder, die sehr gläubig sind und hochverbunden mit einer Religion – und es gibt Mitglieder, die nicht gläubig sind und zu keiner Religionsgemeinschaft gehören. Und dennoch habe ich es im grünen Kontext noch nie erlebt, dass etwas von den Formaten der positiven Religionsfreiheit in Frage gestellt wurden. Weder der Religionsunterricht an Schulen oder das Tragen von Glaubenssymbolen. Wobei das

dann bei uns für alle gilt. Ich bin eine große Gegnerin von Kopftuchverboten. Wenn Menschen das freiwillig tun, finde ich das in Ordnung, auch wenn diese Menschen im Staatsdienst sind. Auch kämpfen wir in Thüringen seit vielen Jahren dagegen an, dass der Sonntag in Frage gestellt wird. Sowohl aus religiösen Gründen als auch aus allgemein menschlichen Gründen. Es muss einen Tag in der Woche geben, den man – Schichtarbeit auch an Wochenenden in bestimmten Berufen natürlich ausgenommen – es muss einen Tag in der Woche geben, den man für sich so organisieren kann, wie man möchte. Ob Sie da in die Kirche gehen oder etwas anderes tun: Sie brauchen einen Tag, an dem Sie verlässlich frei haben. Das ist unser gemeinsamer freier Tag. Das finde ich wichtig.

Auch finde ich wichtig, dass wir Religionsunterricht an unseren Schulen haben. Es geht darum, dass man als selbstbestimmter religiöser Mensch wissen muss, wovon man spricht mit Bezug auf die eigene Religion, aber auch hinsichtlich anderer Religionen. Da muss man etwas lernen.

Ich sehe hier keinen Streitpunkt, auch bei Seelsorge nicht. Ich bin selbst Sterbebegleiterin. Ich habe viele Jahre neben meinem Studium in der Altenpflege gearbeitet und habe dann eine Weiterbildung zur Sterbebegleiterin gemacht – da hatte ich natürlich auch viel mit Seelsorgerinnen und Seelsorgern zu tun und weiß, wie wichtig diese in vielen Situationen sind. Als Innenpolitikerin habe ich viel mit den Notfallseelsorgerinnen zu tun, die eine unfassbar wichtige Arbeit leisten, um Menschen in schwierigen Situationen präventiv aufzufangen.

Wir finden auch wichtig, dass konfessionsgebundene Schulen oder Kindertagesstätten da sind. Ich schätze deren Arbeit sehr. Ich weiß, dass freie Schulen und die freien Träger von Kindertagesstätten in Thüringen immer ein großer Treiber waren für die Weiterentwicklung von Bildungskonzeptionen und von Inklusion. Die freien Schulen haben immer neue Konzepte ausprobiert, haben Inklusion als Leitbild verstanden, wo staatliche Schulen noch lange nicht an diesem Punkt waren.

Ein letzter Punkt: Gerade in den ländlichen Räumen braucht es verlässliche Institutionen. Wegen des demografischen Wandels und wegen anderer Faktoren stehen diese Institutionen unter erheblichem Druck. Gerade Kirchengemeinden sind dort immer noch eine wichtige Größe zivilgesellschaftlichen Engagements. Ich bin selbst mit einer Dorfkirche verbunden, wurde katholisch getauft und evangelisch konfirmiert. Ich bin in solch einer Dorfkirchengemeinde sozialisiert worden, bin in

einer Kinder- und Jugendkantorei sozialisiert worden und ich weiß, wie wichtig es ist, dass man solche Anlaufstellen hat, was das für den eigenen Lebensweg bedeuten kann, wenn man dort sozialisiert wurde. Von daher habe ich sehr positive Assoziationen an meine Kindheit und an meine Jugend und ich weiß, wie wichtig Kirchen in den gesellschaftlichen Herausforderungen sind. Zum Beispiel auch als Schlichterinnen. Bei uns werden die Kirchengemeinden, die Pfarrerinnen und Pfarrer gern als Schlichterinnen bei schwierigen Situationen in Anspruch genommen. Kirchen sind auch immer Orte, die Gemeinschaft bieten. Daran mangelt es vielen Menschen in der Gegenwart, auch in Thüringen. Viele Menschen haben keine verlässlichen Gemeinschaften. Viele sind einsam, viele fühlen sich überfordert von einer Gesellschaft, die immer schneller zu werden scheint. In dieser Situation sind Kirchengemeinden ein wichtiger Ruhepol.

#### **OKR Dr. Demut:**

Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Ich kann mich gut auf vieles beziehen, was Sie uns vor Augen geführt haben. Ich habe zwei verschiedene Bereiche, aus denen ich jetzt Rückfragen an Sie richten möchte.

Ich gehe erst einmal entlang an dem, was Sie uns geschildert haben.

Zum Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ schildere ich Ihnen etwas aus meiner Berufsbiografie. Ich bin seit 1995 im kirchlichen Dienst und ich erinnere mich gut an den evangelischen Religionsunterricht an der Regelschule Nöbdenitz im Altenburger Land. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre habe ich meinen damaligen Schülerinnen und Schülern einen Film gezeigt, der vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung produziert worden war. Der Film trug den Titel „Crash 2030“, vielleicht kennen Sie ihn. Es war eine Art reality fiction – es wurde mit Fernsehbildern von Erdbeben, Überschwemmungen und Waldbränden so getan, als seien wir im Jahr 2030 angekommen und die Menschheit hatte dreißig Jahre verstreichen lassen, ohne etwas gegen die CO<sup>2</sup>-bedingte Erd-Erwärmung zu unternehmen.

Ich weiß nicht, ob etwas von der Argumentation bei meinen Schülern damals hängen geblieben ist. Fakt ist: Wir haben jetzt 2024 – und ich muss bei Ereignissen wie zuletzt im Ahrtal regelmäßig an diesen Film aus dem Jahr 1995 denken.

Natürlich sind wir in dieser Frage nahe beieinander.

Eine Rückfrage habe ich dagegen zu Ihrem Stichwort: Menschen sind Subjekte. Der Mensch wird von Ihrer Partei als eigenständig, mit Würde, Eigenverantwortung und

Kreativität begabt angesehen. Ich finde es super, dass Sie selbst das Stichwort „Meta-Ebene“ angezeigt haben. Da liegt mir ebenfalls viel daran. Wir könnten jetzt operativ über alles Mögliche aus ihrem Wahlprogramm sprechen, was sicher auch reizvoll wäre. Doch mir geht es mehr um die großen Bögen. Welches Bild vom Menschen zeigt sich mir beim Lesen Ihres Wahlprogramms?

Und da sind mir tatsächlich ein paar Dinge ins Auge gefallen, bei denen ich eine kritische Rückfrage habe – und wo ich Ihnen vielleicht ein paar Wahrnehmungen zur Verfügung stellen kann, woher es kommen könnte, dass Ihre Partei von vielen Menschen als Verbots- und Überregulierungspartei wahrgenommen wird.

Doch zunächst an den Punkten entlang, die Sie genannt haben. „Ehe für alle“. Es ist offenkundig, dass wir als christliche Kirchen an dieser Stelle eine jahrhundertelange mühsame Lerngeschichte durchgemacht haben.

Ein Schlüsselerlebnis diesbezüglich hatte ich im Jahr 2010. Meine Frau und ich nahmen im Sommer vierzehn Tage lang in einem Freizeitheim der Polnisch-Orthodoxen Kirche in Jelena Gora in Polen an einem Sommersprachkurs Englisch teil. Unsere Lehrerinnen waren Ukrainerinnen oder Russinnen, die kein Deutsch konnten, so dass wir wirklich gezwungen waren, es im Unterricht oder auch bei den gemeinsamen Ausflügen am Nachmittag mit Englisch zu versuchen. Tolle Sache, nette Menschen! Nun kamen wir mit unserer ukrainischen Lehrerin über alles Mögliche ins Gespräch. Wir alle aus Deutschland, alle aus dem liberalen landeskirchlichen Kontext – und unsere ukrainische Lehrerin gibt uns zu verstehen, dass sie unser ganzes westliches Christentum – zwei Männer können heiraten und werden dann auch noch gesegnet, Frauen können Priester werden usw. usf. – für den Untergang des Abendlandes hält. Und dieser Untergang werde kommen, wenn nicht tapfere Männer wie zum Beispiel Wladimir Putin etwas dagegen unternehmen! Für mich war das ein Schlüssel-Erlebnis. Wie in einem Zeitraffer konnte ich die kirchliche Lerngeschichte bei solchen Themen wie „Ehe für alle“ vor mir sehen. Die Pointe für alle Konservativen ist eigentlich: „Ehe“ ist ja ein Rechtsinstitut, wo zwei Menschen bereit sind, auch juristisch operationalisierbar gegenseitige Rechte und Pflichten anzuerkennen. Und das bringt Halt und Verlässlichkeit in die Gesellschaft - da kann man sich doch als Konservativer nur darüber freuen! Meine ukrainische Lehrerin sah das völlig anders. Sie hatte den Eindruck, in West- und Mitteleuropa herrscht „Sodom und Gomorrha“.

Das Stichwort „Abtreibung“ haben Sie selbst angesprochen. Darüber bin ich froh. Ich habe mir in meiner Vorbereitung schon den Kopf zerbrochen, ob ich das Thema von mir aus ansprechen sollte – ich will ja die gute Stimmung nicht verderben. Nun haben Sie es angesprochen und gern werde ich nachher eine kritische Rückfrage dazu in einen etwas größeren Bogen einbetten.

Bei den Herausforderungen für Thüringen und zu dem, was Sie dabei von den evangelischen Kirchen erwarten, habe ich auch Vieles gehört, was mich durchaus gefreut hat. Dass Sie an uns die Erwartung hegen, dass wir in schwierigen gesellschaftlichen Situationen schlichten und vermitteln können – das trifft sich gut mit meiner eigenen Wahrnehmung auf die Rolle und Funktion, die wir als evangelische Kirche tatsächlich immer wieder wahrnehmen.

Ja, wir können Formate bieten, wo sehr unterschiedliche Menschen mit sehr unterschiedlichen Positionen sich leiblich real in einem Raum befinden und zivilisiert miteinander streiten.

Das beginnt schon im innerkirchlichen Kernbereich. Ich erinnere mich gut an unsere Landes-Synode im Frühjahr 2021. Natürlich stand der Umgang mit der Corona-Pandemie auf der Tagesordnung. Ein Synodaler brachte einen Antrag ein, der darauf hinauslief, die Landeskirche möge bitte allen Gemeinden noch viel strenger als bisher sagen, ab dieser oder jener Inzidenz sollen keine Gottesdienste in leiblicher Anwesenheit mehr gefeiert werden. Sie ahnen, was für eine Debatte losging, als dieser Antrag ins Plenum kam. 80 Synodale im Raum versammelt, einige von ihnen hybrid via Videoschaltel dabei. Und die Debatte spiegelte die gesamte Bandbreite unserer Gesellschaft wider! Das reichte von Wortmeldungen, die diesen Antrag unterstützten inklusive des Spitzensatzes: „Impfen ist Nächstenliebe“ – der uns später kommunikationsstrategisch doch arg auf die Füße fiel - bis hin zu Äußerungen auf der anderen Seite, die nicht weit von Corona-Leugnung entfernt waren.

Nach heftiger Debatte wurde der Antrag in einen Ausschuss überwiesen und schließlich kam aus dem Ausschuss ein richtig starker Text ins Plenum zurück, der dort eine gute Mehrheit fand und in dem zwei starke Positionen markiert wurden. Erstens: „Wir distanzieren uns von jeder Form von Corona-Leugnung.“ und zweitens, ich sag‘ s mal mit meinen Worten: „Bitte lieber Kirchenkreis, bitte liebe Kirchengemeinde, lasst euren eigenen Kopf angeschaltet. Wir werden eure paternalistische Sehnsucht nach einem obrigkeitlichen Dekret für die gesamte Landeskirche *nicht* bedienen. Wir muten euch zu, wir trauen euch zu, dass ihr selbst

denken und jeweils für euren Verantwortungsbereich – immer in Absprache mit eurem regionalen Gesundheitsamt - nach bestem Wissen und Gewissen selbst flexibel agieren könnt.“

Als dieser Text von der Synode beschlossen wurde, war ich wirklich stolz auf meine Kirche.

Ja, wir als Kirche können Räume bieten, wo sehr unterschiedliche Menschen mit sehr unterschiedliche Positionen in echte Debatten kommen können.

Auch was Sie sagten, zum Bedürfnis nach Gemeinschaft und zur Zunahme von Einsamkeit, verbunden mit dem Phänomen, dass wir immer stärker über technische Geräten miteinander kommunizieren, finde ich sehr stimmig.

Gespräche von Angesicht zu Angesicht sind ein großes Bedürfnis!

Dass zwischen uns ein großer Konsens besteht bei den Formaten der positiven Religionsfreiheit, nehme ich auch so wahr. Ich nehme auch wahr, dass Ihre Partei die freien Träger immer unterstützt hat – das schätzen wir als Kirche sehr!

Und dass Sie den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen schätzen, weil Sie es wichtig finden, dass der Glaube mit dem Verstehen verknüpft wird – da erfreuen Sie mein Herz als evangelischer Theologe! Bei all diesen Dinge sehe ich keine Reibungsflächen.

Jetzt komme ich zu meiner kritischen Rückfrage. Ich will dabei anknüpfen an das Stichwort „Menschenwürde“ und an den Grundsatz, dass Menschen *Subjekte* sind. Um dies ein wenig auszuführen, erzähle ich eine kurze Geschichte aus dem Neuen Testament, um deutlich zu machen, was ich mit „christlichem Menschenbild“ meine. Jesus kommt nach Jericho. Dort sitzt ein blinder Mensch vor dem Stadttor und bettelt. Als er mitbekommt, dass Jesus vorüberläuft, ruft er: „Jesus, erbarme dich meiner!“ Jesus geht zu ihm hin. Was dann passiert, finde ich faszinierend. Jesus fragt ihn nämlich: „Was willst du, dass ich für dich tun soll?“

Der blinde Bartimäus bleibt Subjekt! Jesus geht nicht zu ihm und sagt: „Ich weiß schon, was du brauchst. Jetzt mache ich dich heil.“ Sondern Jesus fragt ihn, was er will und das Subjekt Bartimäus kann selbst sagen, was er möchte.

Ein anderes Beispiel, um ein wenig zu illustrieren, was ich mit christlichem Menschenbild meine. Die prophetische Rede im Alten Testament zielt darauf, dass wir freie Subjekte sind. Prophetie ist kein Orakel-Wesen. Beim Orakel wird davon ausgegangen, dass die Zukunft feststeht und das Orakel verrät vorab, was unabänderlich passieren wird. Die Botschaft der biblischen Propheten dagegen zielt



auf eine *Umkehr in der Gegenwart*, weil nach biblischem Verständnis die Zukunft *offen* ist. Wir entscheiden heute mit unserem Tun, was sich in Zukunft ereignen wird. Die Zukunft ist nicht deterministisch festgelegt. Die Propheten nehmen ihr Gegenüber ernst als entscheidungsfähige Subjekte – mit allen Risiken und Nebenwirkungen!

Auch die Gerichts-Metaphern der Bibel zeigen in diese Richtung. Man kann diese missverstehen als sadistische Folklore – man kann die harten Gerichts- und Strafanfügungen der Bibel aber auch verstehen als Ansage: „Leute, die Sache ist ernst. Was der Mensch sät, wird er ernten – im Guten wie im Schlechten!“

Hier sehe ich eine große Schnittfläche zwischen Ihrer politischen Programmatik und dem biblischen Menschenbild.

Die kritische Rückfrage, die ich daran knüpfen möchte, und die mir beim Lesen Ihres Wahlprogramms für die Landtagswahl am 1. September 2024 kam, sei einmal so formuliert: *Wird dieses Subjekt-Konzept tatsächlich konsequent durchgehalten?!*

Ich meine: Nein. Manchmal werden Menschen als Subjekte wahrgenommen – und manchmal erscheinen sie als Adressaten von Erziehung, von heteronomer Lenkung und Steuerung, bei der die GRÜNEN ganz genau zu wissen meinen, was gut für die Anderen ist.

Ich will das nicht nur so behaupten, ich will Ihnen zwei, drei Beispiele aus Ihrem Wahlprogramm nennen.

Beim Stichwort „Wohnungsbau“, Seite 43, wird davon geredet, dass „Bund, Länder und Kommunen beim Wohnungsbau eine große Aufgabe haben“. Dass zwei Drittel der Wohnungen in Deutschland von privater Hand errichtet, instandgehalten und bei Bedarf saniert werden – davon habe ich in Ihrem Text nichts gefunden. Die vielen Subjekte „private Hausbesitzer“ tauchen in Ihrer Konzeption gar nicht auf, da ist eine Leerstelle. Und bei „privat“ muss man nicht unbedingt an riesige Wohnungskonzerne denken – da kann man auch denken an Frau Müller oder Herrn Schulze, die ein Haus besitzen und darin eine Wohnung vermieten.

Ein anderes Beispiel ist die Landwirtschaft. Auf Seite 55 werden die Probleme von Landwirtinnen und Landwirten wunderbar beschrieben, zum Beispiel die Schwierigkeit, einen Hofnachfolger zu finden. Und bei den Lösungsvorschlägen

nehme ich kaum das Zutrauen in die Subjekte „Bäuerin“ und „Bauer“ wahr, sondern da begegnen mir vor allem die Narrative von „Werbung“ und „staatliche Förderungen“, „Subventionen“ – also von außen und von oben kommende Steuerungsversuche. Die Subjekte, um die es gerade geht, sind mit ihrer Sicht auf die Dinge, mit ihren Ideen, Wünschen und Hoffnungen *nicht* im Blick!

Noch ein Beispiel, Seite 27 geht es um die Unternehmen. Die Sätze, die dort stehen, kommen mir vor, als wäre Jesus zum Bartimäus hingegangen und hätte zu ihm gesagt: „Ich weiß schon, was du brauchst.“

Ich nehme im Text etwas wahr, was ich als paternalistische Drift bezeichnen würde. Mir begegnet viel Zutrauen zu einem von außen und oben kommenden Lenken, Anreizen, Steuern, extrinsisch Motivieren.

Mir scheint das ein Widerspruch zu Ihrem Menschenbild, das ja ansonsten viel weiß von Menschen, die selbstbestimmt am besten wissen, was sie gut können, worauf sie Lust haben und die auch ganz genau wissen, was sie nicht mögen – z.B. ständig von außen und von oben herab belehrt zu werden.

Noch ein letztes Beispiel für diese Rückfrage.

Vor etwa einer Woche hörte ich im Politik-Podcast der ZEIT ein starkes Gespräch mit Prof. Ottmar Edenhofer, Direktor beim Potsdamer Institut für Klimafolgen-Forschung. Seine These hat mich sehr angesprochen. Er plädiert für „wenig Steuerung“ – dafür aber ernsthafte, harte Steuerung – ein echter CO<sup>2</sup>-Preis zum Beispiel. Für das, was sich dann ereignen wird, habe ich bei Edenhofer viel Zutrauen in die Kreativität von Menschen und Märkten gehört, viel Zutrauen dazu, dass Menschen eigenverantwortlich auf allen Ebenen selbst ganz genau wissen, was gut für sie ist, Zutrauen dazu, dass Menschen, Unternehmen, Regierungen dann auch entsprechend handeln werden. Um diese Freiräume für die Subjekte zu bieten, braucht es wenig, dafür aber harte und echte Steuerung!

Wir in Europa dagegen, sagt Edenhofer, neigen dazu, ganz viel sehr kleinteilig steuern und regeln zu wollen – doch diese Steuerung kommt oft sehr weich daher: Es passiert nicht viel, wenn jemand sich nicht steuern lässt. Übertritte werden oft nicht wirklich sanktioniert – was auch nicht verwunderlich ist, wer kann denn bei

diesem Regelwirrwarr wirklich genau hinschauen, geschweige denn Übertritte sanktionieren?

Ich bringe das Edenhofer-Beispiel, weil ich gern anknüpfen möchte an unser gemeinsames Interesse zur Bewahrung der Schöpfung und weil ich damit zugleich meine kritische Rückfrage an Ihre Partei-Programmatik gut illustrieren kann.

Ich nehme jedenfalls bei Ihrer Partei eine merkwürdige Ambivalenz wahr zwischen einem echten Ernstnehmen der Selbstbestimmung von Menschen einerseits und einem sehr kleinteiligen, von außen und oben kommenden Lenken, Steuern und Regeln-Wollen aller möglicher Zusammenhänge.

### **Henfling:**

Vielen Dank für Ihr feedback!

Das Problem, das wir sehen, würde ich so beschreiben: Wir sind als Menschen in bestimmte Systeme eingebunden und deshalb muss man schon in den Blick nehmen, dass bestimmte gewachsene Systeme schief sind. Dass zum Beispiel nach unserer aktuellen Sicht auf die Welt alles immer wachsen und größer werden muss, ist natürlich ein systemisches Problem.

Ich finde es spannend, dass dieser unser systemischer Blick für Sie als von „außen und von oben kommender Steuerungswille“ erscheint. Unsere These heißt: Wenn wir ein gutes Leben für alle Menschen haben wollen, müssen wir an solche systemische Probleme herangehen. Und die Sachen, die Sie beschrieben haben, sind genau der Versuch, das System so zu ändern, dass das Subjekt wieder eine Rolle spielt. Da ist etwa Wohnungsbau ein gutes Beispiel: Es ist doch offenkundig, dass viele Menschen gar nicht selbstbestimmt leben können, weil sie nicht in der Lage sind, sich ihren Wohnraum selbst aussuchen zu können.

Bei den Beispielen, die Sie genannt haben: Was Sie da bei uns als „paternalistisch“ wahrnehmen, ist aus meiner Sicht der Versuch, das System wieder menschenkonform zu machen. Bei solch einem systemischen Blick müssen Sie eine Zielvorstellung formulieren und dann müssen Sie sagen: Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir an diesen und jenen Schrauben drehen. Das heißt aber nicht, dass das, was wir da aufschreiben, uns in einer grünen Blase überlegt haben. Wir haben ja vorher mit Menschen gesprochen. Es gibt ja zum Beispiel genügend Unternehmerinnen, die sagen: „Ich hätte etwas gern so oder so, um vernünftig arbeiten zu können.“ Viele Unternehmer wünschen sich vor allem Klarheit.

Und genau diesem Wunsch möchten wir entsprechen. Wir sagen klar, was unsere systemischen Zielvorstellungen sind und mit welchen Maßnahmen wir da hingelangen möchten.

Es wäre schön, wenn alle Menschen intrinsisch motiviert wären. Doch das ist leider nicht so. Es gibt leider Menschen – und die haben häufig auch viel Macht und viel Geld – die diese Motivation nicht haben. Man muss bestimmte Gruppen zu bestimmten Zeiten in die Schranken weisen, damit man es für alle anderen auch wieder gut machen kann.

Weil Sie die Klimapolitik angesprochen haben: Es war schon so, dass wir GRÜNE in den letzten Jahren zu wenig in die intrinsische Motivation der Menschen vertraut haben. Das hat wahrscheinlich auch damit zu tun, wie wir die Debatte um die Klimakrise führen. Da ist es immer sehr laut, das ist häufig sehr aufgeregt, manche sehen sich als „die letzte Generation“. Das hat seine Berechtigung – zugleich wissen wir, dass 80% der Menschen in Deutschland die Klimakrise ernstnehmen und auch die Überzeugung teilen, dass wir alle etwas dagegen tun müssen. Das bedeutet doch: Wir müssen die Leute gar nicht mehr überzeugen, wir müssen ihnen einfach die Instrumente an die Hand geben, damit sie selber handeln können.

Das Problem ist nur: Das eigene Handeln – nicht so viel Müll erzeugen, weniger Wasser verbrauchen, weniger Auto fahren – reicht systemisch nicht, um der Klimakrise zu begegnen. Und deswegen muss man – neben dem Zutrauen in die intrinsische Motivation der Subjekte – auch systemisch arbeiten.

Das hat in manchen Politikbereichen einen besonders großen Einflussfaktor, weil dort über viele Jahre ziemlich viel schiefgelaufen ist. Ich finde es auch widersprüchlich, wenn die FDP immer für Vertrauen in die Menschen und Märkte wirbt und zugleich plädiert dieselbe Partei für die Rettung bestimmter Branchen, die in Schieflage geraten sind, weil sie ihre unternehmerische Verantwortung in der Reaktion auf bestimmte Entwicklungen über Jahre hin verpennt haben.

Ich meine: Wir müssen unterscheiden zwischen der systemischen Ebene und der individuellen Ebene bei den Menschen selbst. Zugleich weiß ich schon, weshalb manche Menschen meinen, wir wollen ihnen was wegnehmen. Sie nehmen unseren systemischen Blick ernst und spüren genau, dass sie etwas weniger haben werden, wenn diese systemischen Veränderungen realisiert werden. Ich kann nachvollziehen, dass diese Menschen dann sagen: „Das wollen wir nicht.“ Mit diesem Konflikt

müssen wir wohl leben – ich halte den systemischen Blick auf die notwendigen Veränderungen für unabdingbar.

### **Demut:**

Meine Rückfrage zum Thema „Abtreibung“ möchte ich auch mit diesem Grundsatz verknüpfen, bei dem wir uns einig sind: Menschen sind Subjekte. Darüber hinaus kann ich als Theologin viel damit anfangen, dass auch Tiere Subjekte sind. Und ich will es auf die Spitze treiben: Der Kirchenvater Augustinus formulierte den faszinierenden Gedanken, dass die Blume *sich* nach dem Angeschaut-werden sehnt. Lebendige Wesen sind Subjekte – wenn man den Subjektbegriff weiter fasst und ihn nicht einschränkt auf rationale Wesen, die Selbstbewusstsein haben.

Wenn Sie jetzt an ein ungeborenes Kind denken, bei dem die medizinische Forschung uns faszinierende Einblicke gewährt in die Interaktionen zwischen der Mutter und diesem heranwachsenden Lebewesen. Natürlich ist das beim heranwachsenden Kind nicht rational reflektiert – und zugleich ist die Interaktion mit der Mutter, das Re-Agieren auf bestimmte Reize und Einflüsse real! Da spielt sich viel Resonanz ab zwischen „Empfangen“ und „Antworten“.

Eine Expertinnen-Kommission für eine Reform des § 218 im Strafgesetzbuch hat unlängst der Ampelregierung zugearbeitet und beim Ergebnis nehme ich wahr: Beim unauflösbaren Dilemma zwischen der Autonomie der schwangeren Frau einerseits und andererseits dem Lebensrecht dieses Lebewesens mit Empfindungen, mit subjektiven Re-Aktionen, verschiebt der auf dem Tisch liegende Vorschlag der Expertinnen-Kommission das Gewicht ganz einseitig auf die Seite des Selbstbestimmungsrechts der schwangeren Frau. Das Lebensrecht des Subjekts ungeborenes Kind verschwindet hinter dem Horizont.

### **Henfling:**

Wenn Sie das Subjekt-Sein bei dieser Frage so stark fokussieren, müssen wir auch das Zutrauen in die Frauen haben, die ungewollt schwanger geworden sind. Ich kenne viele Frauen, die zu dieser schwierigen Entscheidung standen, ob sie ein Kind bekommen wollen oder nicht – aus welchen Gründen auch immer. Keine dieser Frauen hat sich das jemals leicht gemacht. Wenn wir uns einig sind, dass wir Menschen vertrauen, dass sie gute Entscheidungen treffen können – weil sie gut

informiert sind, weil sie abwägen können -, dann sehe ich es als sinnvoll an, zu diskutieren, ob wir die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch herausnehmen und an anderer Stelle regeln. Es geht ja gar nicht darum, zu sagen: „Ihr könnt machen, was ihr wollt.“ Darum geht es nicht. Die Frage lautet: Muss das im Strafgesetzbuch geregelt werden? Und da würde ich ganz klar sagen: Nein, das ist es nicht. Und ich meine, dass Frauen die Entscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft selber treffen sollten und dass sie fürs Treffen dieser Entscheidung gute Unterstützung benötigen. Ich bin dafür, dass wir die Schwangerschaftskonfliktberatung erhalten – nur eben nicht als Zwangsberatung. Es ist ja auch bei anderen Konfliktfällen so, dass Menschen Beratung in Anspruch nehmen, auch wenn sie nicht dazu verpflichtet sind. Ich bin überzeugt davon, dass Frauen solch eine freiwillige Schwangerschaftskonfliktberatung in Anspruch nehmen würden, einfach, weil es gut ist, dass es für solch eine schwierige Entscheidung Unterstützungs- und Beratungsangebote gibt. Ich bin sicher, dass die Beratungsstellen auch weiterhin ein wichtiger Anlaufpunkt wären.

Mir ist wichtig, dass Frauen – bis zu einem gewissen Zeitpunkt der Schwangerschaft – hier selbst entscheiden können und nicht irgendwelchen vom Staat aufgezwungenen Maßnahmen unterliegen oder durch das Strafrecht das Gefühl bekommen, dass es kriminell sei, was sie tun.

Ich kenne keine Frau, die leichtfertig mit dieser Frage umgeht. Wir sehen es auch an der Statistik: 60% der Frauen, die eine Abtreibung in Erwägung ziehen, haben schon Kinder und haben jetzt dennoch Gründe, die sie über diese Frage nachdenken lassen. Statt diese Frage weiter im Strafrecht zu behandeln und irgendwie mit Zwang zu operieren, sollten wir lieber überlegen, was wir tun können, damit Frauen ein Kind bekommen wollen. Und zugleich: Wenn eine Frau kein Kind haben möchte, müssen wir das akzeptieren. Ich kenne viele Frauen, die wollen keine Mütter sein. Ich finde: Auch das ist eine legitime Position, die eine Frau haben kann –zumal frau zumindest beim ersten Kind nicht weiß, worauf sie sich einlässt, wenn sie ein Kind bekommt. Wenn eine Frau sagt: Es ist für mich auch keine Option, das Kind auszutragen und dann zur Adoption freizugeben – dann müssen wir das akzeptieren. Und dann haben wir als Gesellschaft, als Staat den Frauen nicht reinzureden.

Ich will auch die Diskussion nicht anfangen, ab wann ist das Ungeborene ein Kind, ab wann nicht. Ich finde diese Debatte mühsam. Wir sind uns einig, dass da ein

Leben entsteht und dass dieses Leben natürlich schützenswert ist. Doch das ist abzuwägen mit den Interessen des Menschen, der dieses Leben auszutragen hat. Ich habe drei Schwangerschaften hinter mir – das ist eine körperliche Herausforderung. Und vor dieser körperlichen Herausforderung haben auch viele Frauen Angst – und das ist auch in Ordnung, dass sie sagen: „Ich möchte das nicht.“ Das ist die Abwägung, die ich an dieser Stelle treffe – und nicht an diesen Detailfragen festgemacht.

### **Demut:**

Danke für Ihre Ausführungen. Meine letzte Frage dreht sich um den Abschnitt in Ihrem Landtagswahlprogramm Seiten 126-127, der mit der Überschrift versehen ist: „Wir schützen die Rechte von Religionen und Weltanschauungen“.

Ich finde es sehr gut, dass Sie solch einen Punkt überhaupt konzeptionell bearbeiten. Für meine Reihe habe ich sechs verschiedene Wahlprogramme gelesen – und es ist unterschiedlich ausgeprägt, ob, und wenn ja, wie, Parteien sich überhaupt mit Religion beschäftigen.

Zugleich habe ich an den diesbezüglichen Abschnitt in Ihrem Wahlprogramm eine kritische Rückfrage, die im Grunde auch mit unserer Meta-Frage nach dem Subjekt-Sein zusammenhängt. Auch Religionsgemeinschaften sind Subjekte. Und auf diesem Hintergrund hat mich eine Diktion in Ihrem Text irritiert, die ich als paternalistisch wahrnehme. Sie wollen uns „beschützen“. Zugleich erscheinen Religionen so ein bißchen als was Gefährliches, wo man genauer hinschauen muss und dafür sorgen muss, dass das nicht ausufert.

Was ich im Religionsabschnitt Ihres Programms vermisst habe, ist eine positive Würdigung der gesellschaftlichen Rolle von Religionsgemeinschaften zum Hervorbringen solcher Haltungen wie Barmherzigkeit oder Nächstenliebe.

*Wir sind Subjekte, die viel Konstruktives in die Gesellschaft einspeisen.*

In Ihrem Eingangsstatement heute haben Sie das auch gewürdigt. In Ihrem Wahlprogramm habe ich zu diesem Punkt leider nichts lesen können. In Ihrem Wahlprogramm werden wir als bedrohte Minderheit beschrieben, die beschützt werden muss. Ok, wir sind eine Minderheit – doch eine, die immer noch sehr viel einbringt in das gesellschaftliche Leben bis ins kleinste Dorf in Thüringen hinein. Der Religionsunterricht ist stark im Blick in Ihrem Programm – das finde ich sehr gut. Ihren Vorschlag, den konfessionellen Religionsunterricht stärker mit dem Ethik-

Unterricht dialogisch ins Gespräch zu bringen, finde ich spannend, finde ich eine wichtige Anregung. Mit der Sprecherin Ihrer Landesarbeitsgemeinschaft „Christ\*innen bei den GRÜNEN“ hatte ich zu diesen Überlegungen auch schon mal einen anregenden und intensiven Austausch. Es ist mir auch bewusst, dass die LAG „Christ\*innen bei den GRÜNEN“ solch einen Vorschlag innerparteilich noch mit der Landesarbeitsgemeinschaft Laizist\*innen bei den GRÜNEN abstimmen müssen – das stelle ich mir recht ambitioniert vor.

Gern habe ich der Sprecherin der „Christ\*innen bei den GRÜNEN in Thüringen“ in einem langen Telefonat meine Expertise zu diesem Thema zur Verfügung gestellt. Und verfassungskonzeptionell ist völlig klar: Für den Ethik-Unterricht kann der Staat machen, was er will. Alle Parteien können gern in ihrem Wahlprogramme schreiben, was sie mit dem Ethik-Unterricht vorhaben. Doch da der konfessionelle Religionsunterricht nach Artikel 7 unsere Grundgesetzes in *Mit-Verantwortung* der Religionsgemeinschaften geschieht, kommt es mir übergriffig vor, wenn in Ihrem Wahlprogramm der Eindruck erweckt wird, als könne der Staat – über die Köpfe der Subjekte „Religionsgemeinschaften“ hinweg – für den konfessionellen Religionsunterricht etwas konzeptionell Neues ausdenken und umsetzen.

### **Henfling:**

Ich gebe Ihnen recht, dass der Blick auf religiöse Gruppen ausbaufähig ist, was deren Selbstbestimmungsrechte, deren Subjekt-Sein betrifft. Vermutlich hängt das auch damit zusammen, dass wir immer stark die Jüdische Landesgemeinde oder die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde mit im Blick haben, die nun als tatsächlich kleine Minderheiten wenig Akzeptanz haben in der Mehrheitsgesellschaft.

Paternalismus ist hier keine Motivation für uns – es geht uns eher um die Versicherung von Solidarität: Wir sind bei euch, wir stehen zu euch und wir wollen euch das ausdrücklich versichern. Was da in unserem Wahlprogramm steht, bezieht sich nicht auf die christlichen Kirchen, sondern auf die kleinen Minderheiten, die es in Thüringen noch mal deutlich schwerer haben als in anderen Bundesländern, weil sie eben bei uns besonders klein sind und leider immer wieder schlimme Übergriffe erleben müssen. Wir wollen zeigen: Wir sind offen und hellhörig für diese Menschen und ihre Anliegen – auch wenn, da haben Sie Recht, die Diktion des Textes dann paternalistisch klingt.



Es ist gar nicht so einfach, ein prägnantes und möglichst kurzes Wahlprogramm zu schreiben. Wir schreiben das nicht im luftleeren Raum. Wir treffen uns dafür mit verschiedenen Menschen aus der Breite der Gesellschaft und diskutieren mit ihnen verschiedene Punkte. Nun war ich an der Erstellung des Religions-Abschnittes in unserem Programm nicht beteiligt, doch ich bin sicher, dass die Verantwortlichen der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften auch die entsprechenden Kommunikationen geführt haben.

**Demut:**

Vielen Dank für den Austausch bis hierhin!